



Schliefssteiner, Paul

30 Jahre Beginn der Briefbombenserie. Der Terror der 1990er Jahre und seine Auswirkungen auf die Polizeiarbeit in Österreich

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (3/2024), 58-76.

doi: 10.7396/2024_3_E

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Schliefssteiner, Paul (2024). 30 Jahre Beginn der Briefbombenserie. Der Terror der 1990er Jahre und seine Auswirkungen auf die Polizeiarbeit in Österreich, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (3), 58-76, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2024_3_E.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag Österreich, 2024

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag Österreich (<https://www.verlagoesterreich.at/>) erschienen.

Online publiziert: 11/2024

30 Jahre Beginn der Briefbombenserie

Der Terror der 1990er Jahre und seine Auswirkungen auf die Polizeiarbeit in Österreich



PAUL SCHLIEFSTEINER,
Jurist und Terrorismusforscher.

Am 3. Dezember 1993 detonierte in der oststeirischen Stadtgemeinde Hartberg eine Briefbombe in den Händen eines katholischen Pfarrers, der sich für Flüchtlinge engagiert hatte. Es war eine von zehn derartigen Sprengfällen, die in diesen Dezembertagen an verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens versandt wurden. Fünf weitere Bombenserien sollten bis zum Dezember 1996 folgen, als der Terror so abrupt endete, wie er begonnen hatte. Bis der Fall gelöst wurde, sollte noch fast ein ganzes Jahr, nämlich bis Oktober 1997, vergehen. Teile der Angriffe richteten sich später auch gegen nichtprominente Opfer, teils mit Migrationshintergrund. Neben diesen durch ihre Adressierung als mehr oder minder „gezielt“ zu betrachtenden Anschlägen,¹ kam es außerdem zur Explosion von drei Sprengsätzen in Klagenfurt, Stinatz und Oberwart. Die Bombe von Oberwart tötete vier junge Roma und war einer der tödlichsten Anschläge in der Geschichte der Zweiten Republik. Neben den Toten wurden gesamt 14 Personen (körperlich) teils schwerst verletzt.² Trotz intensiver Anstrengungen gelang es den Ermittlern nicht, unmittelbar den oder dem damals unbekanntem Täter(n) auf die Spur zu kommen. Die polizeiliche Arbeit wurde dabei teils durch politische und öffentliche Annahmen über die Hintergründe der Tat, die sich später als weitgehend inkorrekt erwiesen, sowie fehlende rechtliche Möglichkeiten und Ermittlungsmethoden erschwert. Die Bombenserie lieferte jedoch zahlreiche Impulse für Modernisierungen und Veränderungen der Polizeiarbeit in Österreich. Der folgende Überblick stellt die heute weitgehend in Vergessenheit geratenen Ereignisse rund um die Terrorserie sowie die bisher bekannten Änderungen polizeilicher Arbeit dar und erörtert, welche Aspekte des Falles drei Jahrzehnte nach Beginn der Anschläge immer noch von Interesse sind. Der Autor hofft durch diesen Beitrag den Fall besser im gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurs zu verankern und mit interessierten Fachkolleginnen und -kollegen, aber insbesondere auch Zeitzeuginnen und -zeugen in Kontakt zu kommen, um die historische Dokumentation, gerade der polizeilichen Arbeit, zu verbessern.

EINLEITUNG

Es mag eine triviale, aber doch wichtige Beobachtung sein, dass gerade in Bezug auf terroristische Straftaten die Regel zu gelten scheint, dass diese unmittelbar während und nach ihrer Begehung „über-

lebensgroß“ und alles beherrschend erscheinen, dann jedoch, mit zeitlichem Abstand, nicht nur Verblässen, sondern auch ihre Bedeutung und ihr Einfluss auf die Gegenwart immer weiter aus dem Blick geraten.

Dies gilt auch für die Brief- und Rohrbombenserie der 1990er Jahre in Österreich, die das Land immerhin vier Jahre – von Dezember 1993 bis Oktober 1997 – beschäftigte. Lange die sogenannte Causa prima der Republik, von der so manche glaubten, sie gefährde die Demokratie im Lande, da die dahinter vermuteten Netzwerke den Umsturz planen würden, geriet die Angelegenheit bald nach der (mehr oder minder) zufälligen Entdeckung des Täters, respektive seiner Verurteilung, in Vergessenheit. Dies war bestimmt auf viele Faktoren zurückzuführen, wie zum Beispiel das bizarre Auftreten des ansonsten so unscheinbaren Ziviltechnikers aus der kleinen, ländlichen, südoststeirischen Ortschaft Gralla vor Gericht. Ein anderer, dass das Internet in seiner heutigen Form, zumindest in Österreich, noch nicht wirklich angekommen war und die Angelegenheit nicht mehr permanent präsent blieb bzw. nicht durch digitale Artikel, Bilder und Videos, die jederzeit abrufbar sind, „konserviert“ wurde. Es ist anzunehmen, dass die überwiegende Mehrheit jener, die diese Zeit nicht (bewusst) miterlebt hatten, noch nie von Franz Fuchs oder den Attentaten gehört haben. Dieses „Versinken in Vergessenheit“ bedeutet aber nicht, dass der Fall für gewisse Bereiche, insbesondere für die Arbeit der Polizei in Österreich, nicht von Belang war. Manche Aspekte der kriminalistischen Arbeit wurden im Zuge der Bombenserien geradezu revolutioniert. Zum besseren Verständnis ist es notwendig, sich mit dem – mittlerweile – historischen Kontext sowie dem Fallgeschehen zu befassen. Dies ermöglicht es auch, den Fall in die heutige Terrorismusforschung, insbesondere in seiner rechtsextremistischen Ausprägung, einzuordnen.³

DER ZEITGENÖSSISCHE KONTEXT

Der Fall der Berliner Mauer und das Ende der damaligen Ost-West-Konfrontation brachten auch für Österreich viele Veränderungen mit sich: Fast 45 Jahre lang waren weite Strecken der Grenzen der Republik und die ländlichen Gebiete dahinter durch den Eisernen Vorhang von der „großen Welt“ zumindest partiell abgeschnitten. Durch das Ende der Reisebeschränkungen im ehemaligen Ostblock wurden die zuvor Jahrhunderte bestehenden geographischen und historischen Verbindungen wiederhergestellt. Menschen begannen sich in einem, zumindest seit einer Generation nicht gesehenen Ausmaß nach und durch Österreich zu bewegen. Hinzu kamen die Flüchtlinge der Jugoslawienkriege, die hierzulande Schutz suchten.

Auch innenpolitisch begannen sich die Verhältnisse zu ändern: Im Spätherbst 1986 hatte Jörg Haider die Führung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit Unterstützung des deutschnationalen Flügels übernommen. Dieser Führungswechsel, der für viele einem Putsch gleichkam, führte dazu, dass die FPÖ sich deutlich nach rechts bewegte. Zu dieser Zeit war die FPÖ als kleiner Partner mit der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) in der Bundesregierung.⁴ Die neue Ausrichtung bedeutete, dass zum ersten Mal nach 1945 eindeutig rechts orientierte Personen an der Führung der Bundesregierung beteiligt gewesen wären. Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) lehnte eine Zusammenarbeit daher ab und rief Neuwahlen aus. Da man mit „dieser“ FPÖ nicht koalieren wollte, waren in der Folge die beiden damaligen Großparteien SPÖ und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) zur Zusammenarbeit gezwungen, da es jahrelang ohne die FPÖ keine anderen Mehrheiten gab.

Eines von Haiders bevorzugten und „wirksamsten“ Themen war der Zusammenhang zwischen Zuwanderung, Ausländern, Arbeitsplätzen und Sicherheit bzw. sein Narrativ darüber. Dieser spiegelte sich in einem Volksbegehren⁵ mit dem Titel „Österreich zuerst“ wider, das sich vor allem mit Fragen zu Nicht-Österreichern in der Arbeitswelt, in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt und damit einhergehenden Sicherheitsfragen befasste. Vor diesem Hintergrund mobilisierten Haider politische Gegner in einer breiten Koalition ihre Anhänger, die beispielsweise mit einem Lichtermeer auf dem Wiener Heldenplatz gegen ihn und seine Vorstellungen demonstrierten.⁶

Die österreichische Innenpolitik wurde in diesen Jahren außerdem geprägt durch die Hoffnungen und Befürchtungen über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bzw. später Union (EU), der 1995 vollzogen wurde, sowie durch die strafrechtliche Verfolgung einer militanten Neonazigruppe, der selbsternannten Volkstreuern Außerparlamentarischen Opposition (VAPO). Diese stand unter Führung des bis heute aktiven Gottfried Küssel.⁷ Die VAPO war ebenfalls 1986, also im Jahr des Machtwechsels in der FPÖ, gegründet worden. Ihre Mitglieder bildeten in mehreren österreichischen Städten Kameradschaften.⁸

Nachdem sie durch ihre Wehrsportübungen eine gewisse öffentliche und internationale (Medien-)Aufmerksamkeit erlangt hatten, wurden die Verhaftung und strafrechtliche Verfolgung Gottfried Küssels und anderer hochrangiger Mitglieder des rechtsextremen Spektrums zum Medienspektakel. All diese Ereignisse beeinflussten die Wahrnehmung der bald darauf beginnenden Briefbombenkampagne erheblich.

DIE ERSTE BOMBENSERIE UND DIE ERSTEN VERDÄCHTIGEN

In jener Atmosphäre des Umbruchs und der politischen Turbulenzen explodierten im Dezember 1993 die ersten Briefbomben. Der oder die damals unbekannte(n) Angreifer wählte(n) nicht nur „weiche“ und daher leicht zu treffende Ziele als Opfer, sondern attackierten ebenso bekannte Persönlichkeiten in öffentlichen Ämtern.⁹

Zwei Briefe waren an Parlamentsabgeordnete der Grünen gerichtet. Eine Bombe wurde an die erste österreichische Frauenministerin von der SPÖ und eine an den Bürgermeister der Stadt Wien¹⁰, ebenfalls von der SPÖ, gesandt. Von den Zielen in politischen Funktionen öffnete nur letzterer die Zusendung persönlich, wurde schwer verletzt und seine linke Hand verstümmelt.¹¹

Gesamt wurden in der ersten Serie fünf Menschen teils schwer verletzt, bei manchen handelte es sich um zufällig anwesende Personen. Durch die ersten Explosionen gewarnt, konnten die weiteren Sendungen dieser Welle entdeckt bzw. abgefangen und so weitere Schäden vermieden werden. Alle Briefbomben enthielten ein Blatt Papier mit der Aufschrift: „Wir wehren uns! Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg“.¹²

Als die Ermittlungen begannen, konzentrierten sich die Behörden sofort auf

Quelle: BMI/Polizei

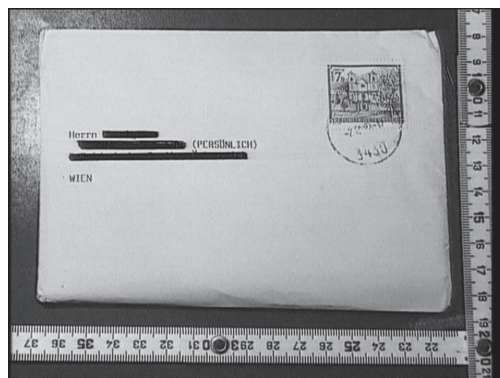


Abb. 1: Unter anderem mit diesem Foto einer nicht detonierten Briefbombe warnte die Polizei später bei weiteren Serien.

das rechtsextreme und neonazistische Milieu.¹³ Es kam zu mehreren Verhaftungen, von denen zwei von besonderer Bedeutung waren: Franz Radl Junior und Peter Binder. Letzterer war – bereits zum Kreis der einschlägigen, „üblichen Verdächtigen“ gehörend – wenige Tage nach dem ersten Attentat bei dem Versuch, nach Tschechien einzureisen, angehalten worden. Bei der Durchsuchung seines Autos kam Kommissar Zufall ausnahmsweise nur vermeintlich zu Hilfe: Man fand neben Waffen und Munition ebenso Zünder und Reagenzien, die bei der Herstellung von Nitroglycerin verwendet werden. Dies verstärkte den Verdacht naturgemäß. Außerdem versuchte Radl in der Haft, einen an Gottfried Küssel adressierten Kassiber herauszuschmuggeln, der auf Pläne – ähnlich der Briefbombenanschlüsse – hinzuweisen schien.

Die Polizei nahm an, dass Binder die Bomben gefertigt und Radl die Anschläge geplant und die historischen Bezüge hergestellt hatte. Aufgrund des betriebenen Aufwands gingen die Behörden zunächst von einer Gruppe von fünf bis sieben Personen aus. Selbst für die Anzahl der verschickten Bomben wurde eine passende Interpretation gefunden: Zehn Bomben symbolisieren die zehn Jahre Gefängnis, zu denen Küssel verurteilt worden war.¹⁴ Die beiden Verdächtigen wurden daraufhin wegen zahlreicher Verstöße gegen das Verbotsgesetz¹⁵ und der Bombenanschläge, die als versuchter Mord behandelt wurden, angeklagt. Da sich die Staatsanwaltschaft hinsichtlich der Bomben ausschließlich auf Indizien stützte, kamen bald Zweifel auf. Diese verstärkten sich, als die Briefbomben der zweiten Serie auftauchten und in Klagenfurt eine Sprengvorrichtung detonierte. Kurz nach Fertigstellung der Anklageschrift explodierten die Bomben in den Ortschaften Oberwart und Stinatz. Die beiden Männer beteuerten ihre Unschuld.

Überdies tauchten nach ihrer Verhaftung die ersten Bekennerbriefe auf, mit der Intention, die beiden Hauptverdächtigen zu entlasten. Die Behörden waren hingegen nach wie vor davon überzeugt, dass Binder und Radl zumindest an der ersten Serie beteiligt waren. Die Aussagen in den Bekennerschreiben wurden als Täuschungsversuch qualifiziert. Nicht ganz zwei Jahre nach der Explosion der ersten Bombe begann am 11. September 1995 der Prozess gegen die beiden Männer. Während dieser lief, explodierten die vierte und die fünfte Briefbombenserie. Am 21. Dezember 1995 wurden Binder und Radl wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz verurteilt, von den Vorwürfen im Zusammenhang mit den Terroranschlägen jedoch freigesprochen.

Der Aufwand und die Arbeitsstunden, die in den Prozess geflossen sind, lassen sich am Umfang der Gerichtsakten ablesen: Diese umfassten über 100.000 Seiten. Die Ermittler und die Justiz beharrten damals darauf, dass der Prozess angesichts der Erkenntnisse gerechtfertigt war.¹⁶ Später, nach der Festnahme von Fuchs, gaben die Ermittler und ihre Vorgesetzten an, dass es einen massiven Druck gegeben habe, die Täter unter den Mitgliedern der rechtsextremen und neonazistischen Szene zu suchen und zu finden. Diese vorgefasste Meinung habe den Umfang und den Blickwinkel der Ermittlungen von vornherein eingeschränkt, erklärten sie. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass selbst während der Zeit der intensiven Fahndung in den Kreisen der organisierten extremen Rechten der Chef der Staatspolizei, Oswald Kessler, intern bezweifelte, dass österreichische Neonazis in der Lage wären, derartig ausgeklügelte Geräte herzustellen. So soll er in einer internen Besprechung geäußert haben: „Der Typ muß crazy sein, absolut crazy, aber genial. Unsere Nazibuam können das

nicht.“¹⁷ Nur ein Mann schien von Anfang an die richtigen Ideen gehabt zu haben und die Bereitschaft diese auch zu vertreten: Thomas Müller, Kriminalpsychologe, war vom Federal Bureau of Investigation (FBI) im Profiling geschult worden. Müller vermutete von Beginn an einen Einzeltäter, und viele seiner Annahmen über diesen Täter erwiesen sich als richtig oder sehr nahe an den tatsächlichen Umständen.¹⁸ In der Anfangsphase der Ermittlungen konnte Müller jedoch seine Kollegen nicht überzeugen: Erst 29 Jahre alt, war er recht jung und galt als zu unerfahren im Umgang mit der extremen Rechten. Auch politisch dominierte die Vorstellung von der Beteiligung einer neonazistischen Terrorgruppe die Ermittlungen.

DIE SPRENGFALLE VON KLAGENFURT, DIE ZWEITE BRIEFBOMBENSERIE UND DIE BEKENNTNISSE DER BBA

Neben Briefbomben wurden auch andere Arten von Sprengfallen verwendet: Am 24. August 1994, kurz nach Mitternacht, wurde beobachtet, wie bei der zweisprachigen Dr.-Karl-Renner-Volksschule in Klagenfurt – Unterrichtssprachen sind Deutsch und Slowenisch¹⁹ – ein Objekt deponiert wurde. Die herbeigerufene Polizei vermutete zunächst, dass der Behälter mit Drogenhandel zu tun haben könnte. Nach einer ersten Untersuchung hatten die Beamten hingegen den Eindruck, dass sich in der Plastikröhre eine Bombe befinden könnte. Sie verbrachten das Objekt daher zu einer näheren Durchleuchtung zum Flughafen Klagenfurt, wo eine unentdeckte Zeitschaltuhr einen bewegungsempfindlichen Zünder aktivierte, der kurz darauf zur Explosion führte. Alle drei Polizeibeamten wurden verletzt, einer verlor beide Hände. Ein Zusammenhang mit der Briefbombenserie des Vorjahres wurde allerdings zunächst nicht herge-

stellt. Man ging vielmehr von Auseinandersetzungen zwischen Kriminellen im Klagenfurter Rotlichtmilieu aus.²⁰

Zwischen dem 30. September und dem 6. Oktober 1994 wurden vier weitere Briefe mit Sprengstoffentdeckt. Obwohl die Bomben an sich voll funktionsfähig waren, waren die verbauten Batterien leer, was eine Explosion unmöglich machte. Laut einem Bekennerschreiben sollten keine „Martyrer“ geschaffen werden, um die Parlamentswahlen am 9. Oktober 1994 nicht in einer den Zielen der Anschlagserie widersprechenden Weise zu beeinflussen.²¹ Es scheint angesichts der sonstigen Präzision, mit der die Geräte zusammengebaut worden waren, wahrscheinlich, dass es in der Tat eine bewusste Entscheidung war, „funktionsunfähige“ Bomben zu versenden. Die vier Briefbomben der zweiten Serie waren an den Wieser-Verlag (Kärnten), der sich damals auf Literatur aus dem ehemaligen Jugoslawien konzentrierte, an das Stift Wilten in Innsbruck (Tirol), das Dienstleistungen für Ausländer erbrachte, an die Ausländerberatungsstelle in Dornbirn (Vorarlberg) und an eine Papierfabrik in Hallein (Salzburg) gerichtet.²²

Da Verdächtige verhaftet worden waren und angenommen wurde, dass sich darunter der oder die Täter befand(en), welche(r) die Bomben der ersten Serie gebaut hatte(n), wurden die Sicherheitskräfte heftig kritisiert. Zwei Wochen nach der Entdeckung der zweiten Serie traf im Büro des slowenischen Außenministers Lojze Peterle ein Schreiben ein, in dem die vermeintliche Absenderin die Verantwortung für die Briefbomben und den Sprengsatz in Klagenfurt übernahm. Die Organisation, die sich dazu bekannte, war völlig unbekannt: die Salzburger Eidgenossenschaft – Bajuwarische Befreiungsarmee, abgekürzt BBA. Besonders unangenehm für die Ermittler, die den Brief zunächst für ein Ablenkungsmanöver hielten, um

den beiden Inhaftierten zu helfen, war die Tatsache, dass die BBA darauf bestand, schon zuvor durch Bekennerschreiben die Verantwortung übernommen zu haben. In der Tat wurde ein Brief gefunden, der wohl in einem frühen Ermittlungsakt verlegt worden war und dies bestätigte.²³

In den folgenden zwei Jahren (bis Oktober 1996) trafen insgesamt sechs Schreiben ein, die als authentisch eingestuft wurden.²⁴

Sie wurden an verschiedene Personen und Institutionen versandt, mehrere davon an das Nachrichtenmagazin profil. Der letzte Brief an die profil-Redaktion stach besonders hervor: Er umfasste 23 Seiten, von denen 19 in einem komplexen Code geschrieben waren, den der Verfasser von Hand in einen Computer eingegeben haben musste, da es damals kein Programm zur automatischen Verschlüsselung gab. Die polizeilichen Ermittler nahmen die Hilfe des österreichischen militärischen Auslandsnachrichtendienstes, des Heeresnachrichtenamtes (HNA), in Anspruch, und sogar die National Security Agency (NSA) der Vereinigten Staaten wurde um Unterstützung gebeten. Wesentliche Teile des Briefes waren dem Nachweis gewidmet, dass die Inhaftierten Binder und Radl nicht an den Bombenanschlägen beteiligt waren.²⁵

DIE BOMBENANSCHLÄGE VON OBERWART UND STINATZ

Die Ethnie der Roma wurde erst 1993 als österreichische Volksgruppe anerkannt. Eine ihrer Siedlungen liegt am Rand der Stadtgemeinde Oberwart im südlichen Burgenland. Am Abend des 4. Februar 1995 bemerkten deren Bewohner ein unbekanntes Auto sowie zumindest eine Person, die sich auf einer nahe gelegenen Straße an etwas zu schaffen machte.²⁶ Vier junge Roma beschlossen, der Sache nachzugehen, und fanden ein an einer Stange befestigtes Schild mit der Aufschrift

„Roma zurück nach Indien!“. Als sie versuchten, dieses zu entfernen, explodierte eine Rohrbombe. Alle vier verloren ihr Leben. Der Anschlag schockierte die Nation: Er war zu diesem Zeitpunkt nicht nur der tödlichste Terroranschlag in Österreich seit 1945, sondern richtete sich auch gegen eine während der Herrschaft des Nationalsozialismus verfolgte Minderheit. Die Opfer erhielten ein Staatsbegräbnis, an dem viele Mitglieder der politischen Elite teilnahmen.²⁷

Quelle: BMI/Polizei



Abb. 2: Abbildung des polizeilich sichergestellten Schildes, das an der Rohrbombe von Oberwart befestigt war.

Nur zwei Tage nach dem Anschlag in Oberwart, am 6. Februar 1995, detonierte der nächste Sprengsatz in der südburgenländischen Ortschaft Stinatz, nur knapp 20 Kilometer von Oberwart entfernt. Stinatz ist eine Gemeinde, in der viele Angehörige der autochthonen kroatischen Volksgruppe leben, unter ihnen die Eltern einer Parlamentarierin der Grünen, an die eine Briefbombe der ersten Serie adressiert worden war. Der Sprengsatz war in einer Spraydose versteckt und neben

einem Müllcontainer in der Nähe eines Kinderspielfeldes platziert worden. Ein Mitarbeiter des örtlichen Umweltamtes wurde schwer verletzt, als er die Dose aufhob, um sie zu entsorgen.²⁸

DIE DREI SERIEN DES JAHRES 1995

Von Juni bis Dezember 1995 wurden in drei Serien weitere Briefbomben verschickt: Die dritte Serie detonierte zwischen dem 7. und 13. Juni 1995 und gab dem Terror einen Auslandsbezug, denn zwei der drei Sprengsätze wurden an Opfer in Deutschland verschickt: Der eine an eine erfolgreiche Fernsehmoderatorin aus Österreich, die damals für Pro7 arbeitete. Ihr Vater hatte afrikanische Wurzeln, und die Moderatorin selbst hatte sich immer wieder für die Belange von Migranten und Flüchtlingen eingesetzt. Der andere war für den sozialdemokratischen Vizebürgermeister der Stadt Lübeck bestimmt. Dieser wurde ins Visier genommen, weil er sich zu einem aus seiner Sicht zu milden Urteil für vier Jugendliche, die einen Brandanschlag auf eine Synagoge in seiner Stadt verübt hatten, geäußert hatte. Die dritte Bombe richtete sich gegen eine Partnerschaftsagentur in Linz (Oberösterreich), die sich auf die Vermittlung von Beziehungen zwischen österreichischen Männern und osteuropäischen Frauen spezialisiert hatte. Alle drei Bomben verletzten Personen aus dem Nahbereich des intendierten Ziels, aber nicht die adressierten Opfer.²⁹

Bei der vierten Anschlagsserie vom 14. bis 16. Oktober 1995 veränderte sich das Profil der Anschlagssziele: Während eine Flüchtlingshelferin in das bereits etablierte Muster passte, stellten ein Einwanderer aus Syrien sowie ein Ehepaar aus China, die alle als Ärzte in Österreich arbeiteten, eine neue Art von Opfern dar. Allen Empfängern war nämlich gemeinsam, dass sie in der Öffentlichkeit weit

weniger bekannt waren als die zuvor ausgewählten Ziele.

Die vier Bomben der fünften Serie richteten sich sowohl gegen bekannte als auch weniger bekannte Ziele: eine an das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Wien, eine an eine wiederum einschlägig spezialisierte Partnervermittlung in Ungarn, eine an ein Mitglied einer bekannten Familie populärer Künstler der autochthonen kroatischen Volksgruppe sowie eine an eine indische Einwandererfamilie.³⁰ Keine der vier Bomben dieser Serie erreichte ihre Opfer: Zwei explodierten noch in dem Briefkasten, in den sie eingeworfen worden waren. Dies führte zur Entdeckung der beiden anderen Briefumschläge. Diese explodierten dann während des Transports nach Wien, wo sie entschärft werden sollten.³¹ Nach seiner Verhaftung behauptete Franz Fuchs, es sei beabsichtigt gewesen, dass alle diese Bomben in die Hände der Polizei fallen sollten. Denn die Behörden hätten darauf bestanden, dass die Verdächtigen Binder und Radl, die bereits vor Gericht standen, immer noch die Täter sein könnten: Sie hätten schlicht bereits weitere Bomben gebaut, die nun von Komplizen verschickt würden. Fuchs hielt dem entgegen, dass die Sprengsätze der fünften Serie mit speziellen Zündern versehen waren. Dies hätte den Polizeiexperten zeigen sollen, dass der oder die Bombenbauer noch frei und handlungsfähig war(en).³²

EIN LETZTER BRIEF IM JAHR 1996

Die letzte Briefbombe³³ explodierte am 9. Dezember 1996 während ihrer Entschärfung. Das beabsichtigte Opfer war die Stiefmutter des damaligen Innenministers Casper Einem. Fuchs führte später aus, dass sie sich selbst zur Zielscheibe gemacht hatte, weil sie liturgische Musik komponiert hatte, die in seinen Augen

ein Sakrileg darstellte und die Verhöhnung der katholischen Kirche noch gesellschaftsfähiger machte. Dass sie zudem die Stiefmutter des amtierenden Innenministers war, sei nur „ein Bonus“ gewesen.³⁴

Die Detonation dieses letzten Sprengsatzes hätte ein ebenso unvermitteltes Ende des Terrors sein können wie sein Beginn drei Jahre zuvor. Die bis dahin weiterhin gesichtslose BBA hätte genau so plötzlich verschwinden können, wie sie aufgetaucht war, und niemand weiß, ob der Urheber der Bombenkampagne jemals gefunden worden wäre. Kein Bekennerschreiben erklärte die Beendigung der Angriffe und es gab anders als etwa bei der Roten Armee Fraktion (RAF) keine „Selbstaflösung“. Es geschah schlicht und ergreifend einfach gar nichts mehr. Dem Anschein nach hatte(n) der oder die (damals noch unbekannt) Täter – aus welchen Gründen auch immer – ihre Aktivitäten einfach eingestellt. Die verschiedenen Spuren, auf die die Polizei bis dahin gestoßen war, begannen langsam „kalt“ zu werden. Unvorhersehbar für die Behörden und ihren Gegner nahm der Fall jedoch plötzlich eine ganz andere Wendung – und dies auch dank neuer Technik in den Ermittlungsmethoden und neuen rechtlichen Möglichkeiten.

DIE AUSWIRKUNGEN DES BOMBENTERRORS AUF DIE POLIZEIARBEIT

Da die Anschläge Herausforderungen stellten, mit denen die Polizei bis dahin nicht konfrontiert gewesen war und die sie über mehrere Jahre hinweg nicht vereiteln konnten, wurden diverse Neuerungen in der Herangehensweise, Ausstattung und der Organisation selbst durchgeführt. Derartige technische und organisatorische Sonderermittlungsmaßnahmen sind aus der ex-post-Sicht des außenstehenden Forschers am schwersten zu überblicken und

zu beurteilen. Eine konkrete (veröffentlichte) Studie aus Sicht der Polizei, welche Schritte gesetzt wurden und welche nicht bzw. welche sich auch als nützlich erwiesen, liegt nicht vor.³⁵ Die folgende Darstellung basiert auf kommunizierten Informationen und Veröffentlichungen.

Eine der simpelsten, aber aus heutiger Sicht bemerkenswertesten Neuerungen war schlicht die Beschaffung von EDV-Ausrüstung, die offenbar damals noch kaum vorhanden war.

Etwas komplexer, aber ebenso langfristig wirksam, war die Schaffung einer eigenen Sonderkommission, einer SOKO. Die SOKO-Briefbomben war die erste ihrer Art in Österreich. Bis dahin hatte man das Instrument, das – wie auch die Rasterfahndung – aus den bundesdeutschen Maßnahmen und Ermittlungen gegen die RAF stammte, vermieden. In Österreich bildete man bei besonderen Anlässen sogenannte Arbeitskreise. Der entscheidende Unterschied zwischen einem Arbeitskreis und einer SOKO war, dass bei den Arbeitskreisen die Beamtinnen und Beamten organisatorisch und hierarchisch in ihren regulären Dienststellen verblieben und die Sonderermittlungen mehr oder minder neben ihren regulären Dienstaufgaben erledigen sollten. Mit der Bildung einer „echten“ SOKO wurden die Beteiligten nunmehr dienstzugeteilt, eigene Organisationsstrukturen gebildet und die zugewiesenen Personen während der Mitarbeit von ihren anderen Aufgaben entbunden. Die Bildung der SOKO-Briefbomben war jedoch ein längerer Prozess: Sie nahm daher „erst“ am 1. Dezember 1995 ihre Arbeit auf. Zuvor hatte mit Beginn der Bombenserie (Dezember 1993) die steirische Sicherheitsdirektion die Ermittlungen mit Unterstützung der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT) geführt. Nach der zweiten Serie und dem Anschlag auf die Karl-Renner-

Volkschule im August 1994 wurde dann in Klagenfurt eine SOKO-Seerose gegründet, die aber offenbar noch nicht der oben beschriebenen Definition entsprach. Als man erkannte, dass die erste und zweite Serie zusammenhingen, gründete man im Bereich des Innenministeriums eine echte SOKO, die sich ausschließlich mit diesem Fall beschäftigte. Dazu wurde ein eigenes Organigramm mit fixer Aufgabenstellung erstellt, die Abläufe festgelegt und ein eigener Pressesprecher ernannt. Außerdem wurde die internationale Zusammenarbeit eingeleitet und der Kontakt zu anderen polizeilichen Einheiten verstärkt.³⁶

Die SOKO-Briefbomben umfasste im Laufe der Zeit zwischen 50 und 100 Personen.³⁷ Die Mitglieder der SOKO stammten überwiegend aus der EBT, zu denen Expertinnen und Experten aus anderen Abteilungen kamen. Außerdem gab es eine interministerielle Kommission mit Fachleuten aus verschiedenen Ministerien, wie beispielsweise Wissenschaft und Verteidigung, sowie externen Expertinnen und Experten. Dieser Kommission gehörten auch Profiler Müller, aber auch Graphologen und Bedienstete des öffentlichen Rundfunks an. Die SOKO konnte von den derart zusammengefassten Fachleuten Expertisen anfordern, die zusammengestellt und den Ermittlerinnen und Ermittlern zur Verfügung gestellt wurden. Im Zuge der organisatorischen Maßnahmen bekamen die Ermittler auch neue Räume. Die SOKO-Briefbomben als erste echte SOKO wurde offenbar als Erfolg gesehen, denn in der Folge wurden weitere SOKOs gegründet. So viel, dass der Pressesprecher der SOKO-Briefbomben Robert Sturm diese Entwicklung, bei einer grundsätzlich positiven Bewertung des Instruments, im Jahr 2010 kritisch sah. Aus seiner Sicht führte ein inflationärer Einsatz der Sonderermittlungsmaßnahme SOKO dazu, dass ihre Wirkung verloren ging.³⁸

Nachdem man begonnen hatte, einen Einzeltäter ernsthaft in Erwägung zu ziehen, wurde die Strategie geändert. Es wurde konstanter Fahndungsdruck erzeugt und die indirekte Kommunikation mit dem Täter über die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Dies beinhaltet auch einige Finten. Profiler Müller gab gegenüber der Presse an, dass die Polizei Fortschritte mache. Es wurde der Eindruck vermittelt, dass man den Kreis der Verdächtigen bereits stark eingeschränkt hätte und es bald zu einem Zugriff kommen könnte. Der Umstand, dass Peter Binder in der Haft Vater geworden war, sein Kind aber noch nie gesehen hatte, wurde öffentlich gemacht, da man auf Grund des Täterprofils davon ausgehen konnte, dass der Täter Kinder sehr mochte. Außerdem wurde ein weiterer, sehr ungewöhnlicher Schritt unternommen: Ein Buch mit dem Titel „Der Briefbomber ist unter uns“³⁹ wurde veröffentlicht. Es stützte sich auf das offizielle Täterprofil und wurde von den beiden Journalisten mit Unterstützung der Ermittler geschrieben. Der ehemalige Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Michael Sika, reflektierte in seinen Memoiren, wie diese ungewöhnliche Veröffentlichung zustande kam.⁴⁰ Sikas Darstellung nach – die Michael Grassl-Kosa im Zeitzeugengespräch im Wesentlichen bestätigte – wollten die Journalisten ursprünglich ein Skandalbuch über die Fehler der Polizei und fehlgeschlagenen Ermittlungen verfassen. Der Generaldirektor überzeugte sie jedoch durch die in Aussichtstellung von exklusiven Informationen ein Sachbuch mit einem ermittlungstaktischen Ansatz im Hintergrund zu schreiben. Das ganze Projekt wurde geheim gehalten und selbst der Bundesminister nicht informiert. Sika wusste – wie er in seinen Memoiren erklärte –, dass viele im Ministerium glaubten, dass mehrere Personen an den Terroranschlägen

beteiligt waren und das Vorhaben daher torpediert hätten. Es war das erste Mal, dass die österreichische Polizei eine solche Methode anwandte.⁴¹

Als eine der aufwändigeren technischen (Sonder-)Ermittlungsmaßnahmen ist jenes Unterfangen zu benennen, in dem im Frühjahr 1996 ein Teil aller in Österreich aufgestellten Briefkästen ausgewählt wurde, um sie ab Mai 1996 mit einer technischen Vorrichtung zu versehen, die Bomben kurz nach dem Einwerfen auslösen sollten. Auf die Idee war man gekommen, nachdem zwei Bomben der fünften Serie bereits im Aufgabebriefkasten in Graz detoniert waren. Eine deutsche Firma traute sich die Aufgabenstellung zu und baute Geräte ein, welche die Briefbomben nach dem Einwurf durch Funkimpulse zur Detonation bringen sollten. Man musste sich jedoch auf „lediglich“ 2.000 Stück beschränken, da mehr Spezialanfertigungen nicht finanzierbar waren. Anhand der bisher bekannten Umstände des Falls wurden unter Mithilfe von Profiler Müller und Vertretern der SOKO daher jene Standorte ausgewählt, deren Nutzung als besonders vielversprechend erschienen: Briefkästen, die besonders einsam lagen oder an Ortsrändern mit einem direkten Zugang zu Schnellstraßen. Die Ausführung wurde dem Gendarmerieeinsatzkommando (GEK) anvertraut. Dieses brachte auch die Frage auf, ob nicht unbeteiligte Passanten verletzt werden könnten. Die Möglichkeit wurde in Betracht gezogen, aber aus der Erfahrung früherer Explosionen in Briefkästen wurde dieses Risiko als gering eingeschätzt. Man ging davon aus, dass sich die Kraft der Explosion nach unten entladen würde, wie es auch in Graz geschehen war, und daher die größte Gefährdung vom Explosionsknall ausgehen würde. Es fiel daher die Entscheidung, das Risiko in Kauf zu nehmen, und Generaldirektor Sika übernahm die Verantwortung

dafür. Die Briefkästen wurden unter großer Geheimhaltung vom GEK präpariert, die zu diesem Zweck mit Fahrzeugen und Uniformen der Post ausgestattet worden waren und später einige der Briefkästen überwachten. Sika betonte in seinen Erinnerungen, wie gut die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen inklusive der Post war. Offenbar war man sich auch bewusst, dass die Wahrscheinlichkeit, dass der Täter einen Sprengsatz genau in einen präparierten Postkasten einwerfen würde, immer noch gering war. Tatsächlich wurde lediglich ein Brief – im konkreten Fall jedoch ohne Sprengsatz – in einen solchen Postkasten geworfen. Aber der ehemalige Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit betonte, wie wichtig es war, dass die Ermittler und Einsatzkräfte endlich in die Offensive gehen und aktiv etwas zur Prävention tun konnten, statt immer nur zu reagieren. Die technische Sonderermittlungsmaßnahme hatte daher auch einen psychologischen Zweck für die Polizeibeamtinnen und -beamten. Der Plan blieb geheim, aber einige der Briefträger bemerkten die kleinen, schwarzen elektronischen Geräte in den Briefkästen, die sie leeren mussten. Die Frage nach dem Zweck dieser Geräte wanderte über die verschiedenen Ebenen bis zur Leitung der Post. Diese war eingeweiht und gab an, dass die Geräte lediglich die Anzahl der eingeworfenen Briefe messen würden – es sich also um eine Art Frequenzzähler handeln würde. Bald darauf beobachtete ein Überwachungsteam einen Briefträger, der die Briefe aus dem Briefkasten nahm, um sie dann mehrmals wieder einzuwerfen.⁴²

Die Sicherheitskräfte erhöhten zudem ihre Präsenz in der Südsteiermark. Durch vermehrte zufällige Lenker- und Fahrzeugkontrollen sollte der Druck auf den Täter erhöht werden. Man „wusste“, wo dies mutmaßlich sinnvoll war, da mit einer Untersuchung des Wassers, das für

die Mischung des Gipses im Sockel des Sprengsatzes in Oberwart verwendet worden war, dieser Teil des Landes als eine Region von verstärktem Interesse identifiziert werden konnte. Mit Hilfe einer Restwasseruntersuchung konnte nämlich bestimmt werden, dass das Wasser für diesen Gips aus der Leibnitzer Bucht, daher der südöstlichen Steiermark, stammen dürfte. Diese äußerst genaue Bestimmung wurde durch einen Umstand möglich, der mit einem anderen Kriminalfall, wenn auch mit vollkommen anderem Hintergrund, zusammenhing: Dem Glykolwein-Skandal, der 1985 bekannt wurde. In diesem wurde aufgedeckt, dass Wein mit glykolhaltigen Flüssigkeiten, wie Frostschutzmittel, versetzt worden war, um eine bessere Qualität vorzutäuschen. Nach dem Aufkommen dieser Praktiken wurde eine die gesamte Republik Österreich umfassende Wasser-Isotopen-Karte angelegt. Diese konnte nun als Grundlage für eine örtliche Zuordnung des Wassers aus dem Bombensockel herangezogen werden.⁴³

Der Schritt, der schließlich wohl wesentlich zur Verhaftung von Fuchs beitrug, war die Einführung der Rasterfahndung⁴⁴ und des Lauschangriffs⁴⁵ in das österreichische Recht.⁴⁶ Dies geschah mittels Bundesgesetz, mit dem besondere Ermittlungsmaßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität in die Strafprozessordnung eingeführt sowie das Strafgesetzbuch, das Mediengesetz, das Staatsanwaltschaftsgesetz und das Sicherheitspolizeigesetz geändert wurden. Selbiges wurde im Bundesgesetzblatt (BGBl) I Nr. 105/1997 kundgemacht. Die Bestimmungen über den automationsunterstützten Datenabgleich, daher die Rasterfahndung, traten am 1. Oktober 1997 in Kraft, jene über die optische und akustische Überwachung, dem (großen) Lauschangriff, erst am 1. Juli 1998. Das Gesetz, das diese Möglichkeiten schuf, wurde ursprünglich mit 31. De-

zember 2001 befristet und wäre damit automatisch wieder außer Kraft getreten. Es erwies sich aber als „unverzichtbares Instrument“ und wurde daher in der Folge entfristet. Beide Ermittlungsmethoden waren – und sind – auf Grund ihres massiven Eingriffs in Grundrechte und Privatsphäre des bzw. der Einzelnen umstritten. Wie mit dem Konzept der SOKO wurde im Fall der Rasterfahndung ebenfalls auf ein Instrument zurückgegriffen, das aus den westdeutschen Ermittlungen gegen die RAF stammte. Allerdings musste das umstrittene neue kriminalistische Werkzeug gar nicht angewendet werden, schon allein die Schaffung der rechtlichen Möglichkeit genügte.⁴⁷

Am Tag der Legalisierung der Rasterfahndung, dem 1. Oktober 1997, verlor ein Mann aus dem kleinen steirischen Dorf Gralla, unweit der örtlichen Bezirkshauptstadt Leibnitz und der Grenze zu Slowenien, bei einer Routinekontrolle der Polizei die Nerven. Der Lenker hatte diese Kontrolle selbst provoziert, indem er sich gegenüber zwei Frauen merkwürdig verhalten hatte, sodass diese sich bedroht fühlten. Als er von den einschreitenden Beamten nach seinen Papieren gefragt wurde, sprang er aus seinem Auto und zündete einen Sprengsatz. Bei der Explosion verlor er beide Unterarme und versuchte – in der Hoffnung zu verbluten – zu fliehen.⁴⁸ Später stellte sich heraus, dass Fuchs glaubte, dass die Behörden bereits wüssten, dass er mit den Briefbomben zu tun hatte. Er war davon überzeugt, dass der Tag, an dem die Rasterfahndung offiziell legal wurde, ohnehin der Tag seiner Ergreifung sein würde. Fuchs meinte, dass die Rasterfahndung ausschließlich eine „bequeme“ Erklärung sein würde, wie man ihn gefunden hatte. Dies war nicht nur der Grund, warum er so nervös war und sich auffällig und irrational verhielt, sondern ebenso, warum er überhaupt einen

Sprengsatz bei sich trug: zum Zwecke des Suizids beim Zugriffsversuch. Als ihm mitgeteilt wurde, dass die Behörden bis zu dem Zeitpunkt, als er seinen Sprengsatz zündete, keine Idee hatten, dass er in den Terror der letzten Jahre verwickelt war, weigerte er sich – zumindest anfangs – dies zu glauben.⁴⁹

Quelle: BMI/Polizei



Abb. 3: Franz Fuchs nach seiner Verhaftung. Auf diesem bekannten Schwarz-weiß-Bild der Polizei wirkt Fuchs entschlossener und „wilder“ als er es später bei öffentlichen Auftritten tat.

Aus Platzgründen kann bezüglich des Lebenswegs und der Motivation von Franz Fuchs hier nur ein kurzer Abriss geboten werden. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung darf auf bisher erschienene Beiträge verwiesen werden.⁵⁰ Fuchs wurde am 2. Dezember 1949 in einfache, ländliche Verhältnisse geboren. Eine früh erkannte intellektuelle Begabung führte dazu, dass er die Matura ablegen konnte und zunächst in Graz zu studieren begann. Fuchs brach das Studium jedoch auf Grund widriger Umstände ab und arbeitete zeitweise in Deutschland am Fließband eines Autoherstellers. Nach sei-

ner Rückkehr führte ein (abgebrochener) Selbstmordversuch zu einem dreimonatigen Aufenthalt in einer geschlossenen psychiatrischen Abteilung. Später fand er Arbeit, die ihn erfüllte, aber teils auf Grund externer Umstände, teils auf Grund seiner äußerst schwierigen Persönlichkeit musste er mehrmals die Stelle wechseln. Schließlich hatte er etwas Geld gespart, gab seine Stellung auf, meldete sich sogar bei der Krankenkasse ab und zog sich in Privaträume seines Elternhauses zurück. Dort, in der Isolation, radikalisierte er sich offenbar so weit, dass er begann, Bomben zu bauen und zu verschicken. Da er sozial extrem isoliert war und seine Aussagen nach seiner Verhaftung zwischen Antwortverweigerung und selbstverherrlichenden Erklärungen schwankten, ist es schwer einzuschätzen, ob Fuchs wirklich jemals politische Ambitionen im Sinne einer ideologischen Motivation hatte. Ob er tatsächlich Terror ausübte, weil er „etwas ändern“ wollte, das er für falsch hielt, oder ob er „primär“ Bomben versandte, weil er ein gescheiterter, verzweifelter und einsamer Mann war, der das Potenzial gehabt hätte, eine seine Umwelt beeindruckende Persönlichkeit zu werden, und der, nachdem er zu dem Schluss gekommen war, dass sein Leben in einer Sackgasse steckte, Gewalt und Terror als Ventil für seine Frustration nutzte, indem er jene Menschen zu seinen Opfern machte, die er als Bedrohung für das wenige Leben empfand, das ihm noch blieb.⁵¹

Fuchs wurde zwar mit Persönlichkeitsstörungen wie Schizophrenie, Paranoia und Fanatismus diagnostiziert, ihm wurden zwanghafte und narzisstische Züge attestiert, jedoch wurde er weitgehend als zurechnungsfähig und damit als verantwortlich für fast alle seine Taten angesehen.⁵² Ein Geschworenengericht sprach Franz Fuchs am 10. März 1999 für schuldig. Er wurde zu einer lebenslangen Frei-

heitsstrafe verurteilt und zusätzlich in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher (heute Unterbringung in einem forensisch-therapeutischen Zentrum) eingewiesen. Am 26. Februar 2000 wurde Fuchs, am Kabel seines elektronischen Rasierapparates erhängt, in seiner Gefängniszelle aufgefunden. Sein Tod wurde als Selbstmord ohne Fremdeinwirkung eingestuft.⁵³

POLITISCHE UND MEDIALE BEGLEITMUSIK ALS (MÖGLICHE) HINDERNISSE IN DER EFFEKTIVEN POLIZEIARBEIT

Wenig verwunderlich, war das öffentliche Interesse von Beginn der Bombenserie an groß. Die ursprüngliche Medienstrategie, auch die Berichterstattung, vermittelte den Eindruck, dass der oder die Täter zeitnah gefasst würden. Ein Umstand, der dazu beitrug, dass weitere Anschläge, insbesondere nach der Verhaftung der Verdächtigen Binder und Radl, als ein „Scheitern“ der Polizei wahrgenommen bzw. dargestellt wurden. Hinzu kam der Umstand, dass für viele politische, mediale aber auch behördeninterne Kommentatoren die Hintergründe und Hintermänner des Geschehens „eindeutig“ feststanden: Es musste sich aus ihrer Sicht um Netzwerke bzw. eine Terrorzelle aus dem neonazistischen bzw. rechtsextremen Milieu handeln.

Der Innenminister zu Beginn der Bombenserie, Franz Löschnak, erklärte ausdrücklich, dass es zwar viel Druck von Seiten der Medien und der Politik gegeben hatte, aber nie einen ausdrücklichen Auftrag an die Ermittler, in eine bestimmte Richtung zu ermitteln. Ihm zufolge deuteten die Indizien zu diesem Zeitpunkt auf fremdenfeindliche und deutschnationale Täter hin, weshalb die Ermittlungen in diese Richtung gingen.⁵⁴ Dem widersprach sein Untergebener, der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Michael Sika, der in seinen Lebenserinnerungen aus-

drücklich feststellte, dass die Ermittler auf Grund einer permanenten Fixierung schon früh festhielten, dass es sich um die VAPO und die Neonazis handeln müsse. Nach Sikas Ansicht war es so, dass die Ermittler „in den Wald getrieben“ wurden und dadurch Monate, wenn nicht Jahre verloren hätten. Seiner Meinung nach wäre er „an einer Straßenlaterne aufgehängt worden“, wenn er im Mai 1994 gesagt hätte, dass die Täter keine Neonazis seien. Sika fügt hinzu, dass die Ermittler ohne die Bekennerschreiben auch nicht gewusst hätten, wo sie mit der Suche beginnen hätten sollen.⁵⁵ Sika behauptete sogar, in den ersten Dezember Tagen 1993 seien sich „alle einig“ gewesen, dass es sich um einen Einzeltäter handeln müsse. Dies könnte eine nachträgliche Erklärung oder eine Übertreibung der anfänglichen Überzeugung der Sicherheitskräfte sein – denn dann hätten sie ja die ganze Zeit Recht gehabt. Auch Sika räumte ein, dass im Nachhinein nicht nur der Druck der Medien, sondern gleichfalls die Vorurteile einiger Ermittler zur Fixierung auf rechtsextreme und neonazistische Gruppen geführt hatten.⁵⁶ Dass auf Grund der österreichischen und deutschen Geschichte und auf Grund politischer Zugehörigkeit und Weltanschauung viele Beobachter und Kommentatoren ohne Beweise zu (voreiligen) Schlüssen kamen, zeigt sich in weiten Teilen der damaligen Berichterstattung, z.B. des deutschen Magazins Der Spiegel. Die Bombenattentäter wurden teils als überzeugte Neonazis bezeichnet, ohne dass darauf hingewiesen wurde, dass diese nicht eindeutig identifiziert worden waren.

Die frühzeitige Fixierung auf eine Zelle oder ein Netzwerk aus einschlägig bekannten Kreisen, sei sie nun durch medialen, politischen Druck von außen oder durch eine „innere“ Überzeugung des Polizeiapparates entstanden, und der damit einhergehende Widerstand gegen die

Einzel Täter-These verhinderten jedenfalls lange Zeit Ermittlungen in diese Richtung.

CONCLUSIO

Der Terror der 1990er Jahre wurde, vor allem während er noch anhielt und Fuchs noch nicht gefasst worden war, mitunter als ein „Versagen“ der Polizei und der anderen staatlichen Organe dargestellt. Diese Kritiker übersehen jedoch, aus Sicht des Verfassers, dass es auch in einem der wenigen vergleichbaren Fälle, wie jenem des US-amerikanischen Unabombers Ted Kaczynski, nicht gelungen war, die über ein Vierteljahrhundert andauernde Bombenserie (1978–1995) zu stoppen bzw. den Täter zu fassen. Und auch Kaczynski wurde – wie Fuchs – von keiner der gesetzten Ermittlungsmaßnahmen direkt identifiziert, sondern auf Grund eines Verdachts seines eigenen Bruders. Dieser kam, basierend auf Stil und Inhalt der in großen Zeitungen veröffentlichten Manifeste des anonymen Unabombers, zu der Vermutung, dass es sich bei dem Angreifer um Ted handeln könnte und wandte sich an die Behörden. Insofern könnte man, ohne die Arbeit der amerikanischen Ermittler herabwürdigen zu wollen, argumentieren, dass die Strategie der österreichischen Polizei, psychologischen Druck aufzubauen, erfolgreicher war. Zwar konnte der Täter nicht identifiziert werden, doch der konstante Fahndungsdruck und die indirekte Kommunikation mit dem Täter über die Öffentlichkeitsarbeit in den späteren Phasen, die auch einige Finten enthielt, führten dazu, dass Fuchs seine Aktivitäten einstellte.⁵⁷ So gesehen war die Taktik der österreichischen Polizei durchaus erfolgreich.

Aus Sicht der Forschung erscheinen vor allem zwei generelle Ableitungen aus dem Brief- und Rohrbombenterror der 1990er Jahre möglich: Zum einen, dass komplett neue Bedrohungslagen und kriminalisti-

sche Herausforderungen neuer, teils unorthodoxer Ansätze bedürfen und es schlicht Zeit braucht, bis sich zeigt, ob diese Ansätze funktionieren. Und dass dieser Umstand durchaus auch kommuniziert werden sollte, um eine falsche Erwartungshaltung bei der Bevölkerung und der Politik zu vermeiden. Dieses Hinarbeiten auf „Geduld“ ist natürlich mit dem bei dem oder den Tätern erwünschten aufzubauenden Druck in Einklang zu bringen – ein schwieriges aber wohl nicht unmögliches Unterfangen. Dafür können diese neuen Ermittlungsmaßnahmen auch dauerhafte Instrumente der Polizeiarbeit werden.

Zum anderen können vorgefasste Meinungen und (als solcher wahrgenommener) öffentlicher Druck gerade bei spektakulären Fällen in Verbindung mit weltanschaulichen und politischen Motiven dazu führen, dass alle Ressourcen in eine Richtung investiert werden und, sollte sich diese als Sackgasse erweisen, entsprechend viel Zeit vergangen ist, in der es möglicherweise weitere Opfer gab. Der Fall Franz Fuchs zeigt äußerst illustrativ, dass es für die Ermittler extrem wichtig ist, immer wieder von der politischen und medialen Meinung, aber auch der eigenen, zurückzutreten und die Herangehensweise kritisch zu hinterfragen.

Der Fall Franz Fuchs ist sicher einer der aufsehenerregendsten der österreichischen Kriminalgeschichte. Nach wie vor sind jedoch diverse Aspekte unterbeleuchtet bzw. nicht erforscht. Neben dem eingangs erwähnten Umstand, dass keine (öffentliche) Aufarbeitung der Auswirkungen auf Ermittlungsmethoden und die Polizeiarbeit aus interner Sicht vorliegen, ist auch die Perspektive der Opfer der Anschläge bisher wenig behandelt. Ebenso wurde bisher kaum behandelt, dass unter den (indirekten) Opfern der Bombenserie fünf Exekutivbeamte waren: Drei wurden in Klagenfurt teils äußerst schwer verletzt,

zwei bei jener Fahrzeugkontrolle, bei der Fuchs versuchte, sich durch einen Sprengsatz selbst zu töten. Veröffentlichungen, außer Medienberichten zu einem der Opfer von Klagenfurt, das auf Grund der Aufsehen erregenden Wiederherstellungsmaßnahmen mehrfach betrachtet wurde,⁵⁸ die Auswirkungen der Terror-Schäden

auf die in der Erfüllung ihrer Pflicht verletzten Beamten betrachten, liegen bisher nicht vor.

Der Fall Franz Fuchs böte daher auch 30 Jahre, nachdem die ersten Briefbomben explodierten, noch reichlich Ansatzpunkte für eine historische wie auch polizeiwissenschaftliche Betrachtung.

¹ In der Tat wurden in einem Teil der Fälle andere Personen als die Adressatinnen und Adressaten verletzt. Diese Opfer waren entweder gerade zufällig in der Nähe oder öffneten die Briefbomben anstelle der intendierten Zielpersonen.

² Nicht übersehen werden darf, dass auch Bomben, die rechtzeitig entdeckt wurden und daher keinen körperlichen Schaden anrichteten, teils schwere und langanhaltende psychologische Folgen für die Opfer haben können.

³ Die folgende Darstellung folgt teilweise vorherigen Publikationen des Verfassers bzw. baut auf diesen auf. Vgl. Schliefssteiner, Paul (2018). *Austria's Homegrown Lone Actor Terrorist: Franz Fuchs and the Letter Bomb Campaign of the 1990s*, *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, 12 (1), 67–92; Schliefssteiner Paul (2023). „Ich bin ein österreichischer Patriot und bekenne mich als österreichischer Terrorist“ – Franz Fuchs, ein vergessener Vorläufer des modernen Rechtsterrorismus?, in: Coester, Marc et al. (Hg.), *Rechter Terrorismus: international – digital – analog*, Edition Rechtsextremismus, Wiesbaden, 377–409; Schliefssteiner, Paul (2024). „Der Briefbomber ist unter uns“ – Sonderermittlungsmaßnahmen im Fall Franz Fuchs zwischen Innovation, Modernisierung und Schadensbegrenzung, in: Wallenstorfer, Richard (Hg.), *Exekutive. Sondereinheiten – Sonderermittlungen – Sondereinsätze*, Schriftenreihe Iura Historia, Band 2, Wien, 121–156.

⁴ Die SPÖ hatte sich nach 1945 in Anerkenntnis diverser Widerstandsgruppen Sozialistisch genannt, ab 1991 erfolgte die Umbenennung auf Sozialdemokratisch.

⁵ Volksbegehren sind ein Instrument der direkten Demokratie in Österreich. Wenn 100.000 oder mehr Wahlberechtigte unterschreiben, muss das österreichische Parlament die Petition diskutieren, aber keinesfalls handeln. „Österreich zuerst“ wurde von 416.531 Personen unterzeichnet, das waren 7,35 % der Wahlberechtigten. Mit Stand Mitte März 2022 ist es das 18. erfolgreichste (von nunmehr über 90) Volksbegehren. Vgl. BMI [Bundesministerium für Inneres] (2024). *Alle Volksbegehren der zweiten Republik*, Online: www.bmi.gv.at/411/Alle_Volksbegehren_der_zweiten_Republik.aspx (18.03.2024).

⁶ Dieser Platz ist in diesem Zusammenhang besonders symbolträchtig, denn hier hielt Hitler nach der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich 1938 unter dem Beifall zigtausender Österreicher seine berühmte Rede. Ein historisches Ereignis, das den Ort für viele politisch linksstehende Menschen zu einem Symbol für die dunkle Geschichte Österreichs und für die (von ihnen angenommene) problematische Neigung großer Teile der österreichischen Bevölkerung zur (extremen) Rechten macht. Thomas Bernhard benannte ein Drama anlässlich des 50. Jahrestags der historischen Ereignisse nach dem Platz – die Aufführung geriet zum Skandal.

⁷ Vgl. Tozzer, Kurt/Zelsacher, Günther (1995). *Bombenspuren – Briefbomben und politischer Terror*, Wien.

⁸ Die VAPO war von ihren Gründern als loser Zusammenschluss von „national gesinnten“ Personen und Gruppen gedacht, die ohne strenge Hierarchien zusammenarbeiteten. Tief in der nationalsozialistischen Ideologie verwurzelt, kann sie als Versuch eines „führerlosen Widerstands“ gegen „das System“ gesehen werden.

⁹ Eine detaillierte Tabelle zur Bombenkampagne (außer der letzten Serie) findet sich bei Grassl-Kosa, Michael/Steiner, Hans (1996). *Der Briefbomber ist unter uns*, Wien, 18–30.

¹⁰ Der Wiener Bürgermeister ist zugleich Landeshauptmann des Bundeslands Wien und entspricht damit von seiner Stellung her einem deutschen Ministerpräsidenten.

¹¹ Vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996, 33.

¹² Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg (1638–1701) befehligte 1683 die Verteidigung Wiens während der entscheidenden Schlacht gegen die Osmanen und diente als kaiserlicher General sowie als Präsident des Hofkriegsrats im folgenden Krieg. Spätere Generationen idealisierten Starhemberg als Retter der gesamten westlichen Welt und Kultur; sein Andenken wurde schon während der österreichisch-ungarischen Monarchie von patriotisch gesinnten Österreichern besonders hochgehalten. So wurde er zu einer Ikone, die auch von der extremen Rechten bewundert wurde. Vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996, 112f.

¹³ Ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Bombenanschläge zu Beginn wahrgenommen und eingeordnet wurden, ist die damalige Berichterstattung im deutschen Magazin „Der Spiegel“. Für eine akademischere und detailliertere Herangehensweise (aber mit einer klaren politischen Agenda) an die These, dass Neonazis verantwortlich sein mussten, sowie hinsichtlich der damaligen Argumentationsweise vgl. Purtscheller, Wolfgang (1994). „10 Briefe für 10 Jahre“ – Von der VAPO zum Briefbombenterror, in: *Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.), Hand-

buch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 495–514. Der Text endet mit einer Zeitafel, welche die erste Serie mit dem Prozess gegen Küssel und mehreren neonazistischen Publikationen in Einklang bringt.

¹⁴ Vgl. u.a. Vašek, Thomas (1999). *Ein Funke genügt ... Die Briefbombenattentate. Der Fall Franz Fuchs*, Wien, 20. Sika erwähnt einen dritten Verdächtigen, der aber offenbar bald nicht mehr von Interesse war. Vgl. Sika, Michael (2000). *Mein Protokoll – Innenansichten einer Republik*, St. Pölten/Wien, 90f.

¹⁵ Ein in den Rang eines Verfassungsgesetzes erhobenes österreichisches (Sonder-)Strafrecht, das sämtliche nationalsozialistischen Aktivitäten und Propaganda verbietet.

¹⁶ Vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996, 40–47; Vašek 1999, 68–79.

¹⁷ Zit. n. Vašek 1999, 28.

¹⁸ Müller verfasste zwei Bücher über seine beruflichen Erfahrungen und über Teile seines Lebens. Vgl. Müller, Thomas (2004). *Bestie Mensch – Tarnung. Lüge. Strategie*, Salzburg; Müller, Thomas (2006a). *Gierige Bestie – Erfolg. Demütigung. Rache*, Salzburg. Obwohl ihn der Fall Fuchs berühmt gemacht hat, erwähnt Müller die Briefbomben und Fuchs in seinem Buch „Bestie Mensch“ nur auf wenigen Seiten und oft nur indirekt. Vgl. Müller 2004, 49, 75–77, 103–105, 189.

¹⁹ In Österreich gibt es sechs als autochthone Volksgruppen anerkannte sprachliche/ethnische Minderheiten: die kroatische, die slowenische, die ungarische, die tschechische und die slowakische Volksgruppe sowie die Volksgruppe der Roma. Als österreichische Staatsbürger haben Volksgruppenangehörige dieselben Rechte wie jeder andere österreichische Staatsbürger. Darüber hinaus gibt es jedoch einige Rechtsvorschriften und Bestimmungen, die besondere Regelungen für „(autochthone) Volksgruppen“ und „sprachliche Minderheiten“ enthalten und im Wesentlichen deren Schutz und dem Erhalt ihrer eigenständigen Identität und Sprache dienen.

²⁰ Vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996, 22f, 34f. *Die Interpretation des Ministers und der Sicher-*

heitskräfte, die Bombe habe nichts mit Terrorismus zu tun, sondern sei Teil eines Streits unter Kriminellen, wurde von eher linksgerichteten Kommentatoren häufig als Versuch der Behörden gewertet, rechtsextremen Terror und politische Gewalt herunterzuspielen, und insinuiert, dass die Behörden oder Ermittler mit den Tätern sympathisierten.

²¹ Vgl. Vašek 1999, 40, siehe außerdem 37; Grassl-Kosa/Steiner 1996, 171–198. Als der 1999 als Täter verurteilte Franz Fuchs gefasst worden war, wiederholte er diese Erklärung, dass die Wahl nicht durch „Märtyrer“ ungünstig beeinflusst werden sollte.

²² Vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996, 22–25, 35.

²³ Nach Kenntnis des Verfassers hat das Innenministerium ihn bis heute nicht als „authentisch“ anerkannt. Zu diesem Brief vgl. Vašek 1999, 48–50.

²⁴ Grassl-Kosa und Steiner (vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996) liefern eine Tabelle für die „authentischen“ Briefe. Die Faksimiles sind ebenfalls (143–209) abgedruckt. Die authentischen Briefe wurden in Scheid und Vašek wiedergegeben. Scheid, Hans Christian (2001). Franz Fuchs – Doch kein Einzeltäter?, Graz, 185–252; Vašek 1999, 171–199.

²⁵ Vgl. Müller in Vašek 1999, 271; Grassl-Kosa/Steiner 1995, 47.

²⁶ Laut Scheid gab ein Zeuge an, dass vor dem Oberwarter Attentat zwei Autos und mehrere Personen gesehen wurden. Vgl. Scheid 2001, 150f. Vašek erwähnt, dass vier weiß gekleidete Männer am Tatort gemeldet worden seien. Vgl. Vašek 1999, 44.

²⁷ Manche, insbesondere linke bzw. antifaschistische, Kommentatoren sahen in dieser Teilnahme nur einen Versuch, gute Publicity zu bekommen, und unterstellten den Beteiligten, kein wirkliches Mitgefühl für die Opfer oder die Roma-Minderheit zu haben. Einigen Kommentatoren zufolge gab es hässliche Szenen mit hochrangigen Politikern, die sich um die „besten Plätze“ stritten, auf denen sie im Fernsehen zu sehen waren. Diese werden in den ausgewogeneren Darstellungen nicht erwähnt, und es wäre

notwendig, das Originalmaterial zu überprüfen. Vgl. El Refaie, Elisabeth (2004). Competing Discourses about Austria's Nazi Past and Racist Bomb Attacks in the 1990s, *Journal of Contemporary European Studies*, (12) 2, 224f.

²⁸ Vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996, 24f, 36.

²⁹ Vgl. Vašek 1999, 61–63; Grassl-Kosa/Steiner 1996, 24–27, 37.

³⁰ Vgl. Vašek 1999, 76f, 154–157; Grassl-Kosa/Steiner 1996, 129.

³¹ Vgl. Grassl-Kosa/Steiner, 28f, 38; Vašek 1999, 278.

³² Vgl. Vašek, 76–78; Grassl-Kosa/Steiner 1996, 102.

³³ Es ist dem Autor bewusst, dass ein Brief eigentlich keine Serie darstellt. Da die Angriffswellen jedoch immer als „Serien“ bezeichnet wurden, wird die letzte Briefbombe als sechste Serie geführt.

³⁴ Vašek 1999, 92f.

³⁵ Profiler Thomas Müller ging auf den Fall im Rahmen der letzten beiden Beiträge einer vierteiligen Serie zur „Einführung in die kriminalpsychologische Tatortanalyse“ in diesem Journal ein. Vgl. Müller, Thomas (2006b). Einführung in die kriminalpsychologische Tatortanalyse (Teil 1), *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* (1), 14–21, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2006_1_B (26.07.2024); Müller, Thomas (2006c). Einführung in die kriminalpsychologische Tatortanalyse (Teil 2), *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* (2), 3–7, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2006_2_A (26.07.2024); Müller, Thomas (2006d). Einführung in die kriminalpsychologische Tatortanalyse. Fallbeispiel der Bajuwarschen Befreiungsarmee (BBA) (Teil 3), *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* (3), 30–38, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2006_3_D (26.07.2024); Müller, Thomas (2006e). Einführung in die kriminalpsychologische Tatortanalyse (Teil 4), *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* (4), 37–43, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2006_4_D (26.07.2024).

org/10.7396/2006_4_D (26.04.2024); hierzu insb. d und e.

³⁶ Vgl. zu SOKOS allgemein Plenk und Edelbacher. Plenk, Willibald (2010). SOKO ... bitte kommen, kripo.at, Vereinigung Kriminaldienst Österreich, 2010/Nr. 5, 11, 13; Edelbacher, Max (2010). Die SOKO – ein scharfes Schwert, kripo.at, Vereinigung Kriminaldienst Österreich, 2010/Nr. 5, 17.

³⁷ Vgl. Bärthel, Helmut/Benda, Richard (2010). 10 Fragen an Chefinspektor Robert Sturm – Pressesprecher der SOKO-Briefbomben: „Nicht alle polizeilichen Probleme lassen sich durch SOKOs lösen“, kripo.at, Vereinigung Kriminaldienst Österreich, 2010/Nr. 5, 19, 21; Sika 2000, 169.

³⁸ Vgl. Bärthel/Benda 2010, 19, 21; Sika 2000, 168–170.

³⁹ Bisher zitiert als Grassl-Kosa/Steiner 1996.

⁴⁰ Vgl. Sika 2000, 177f, 230–237.

⁴¹ Vgl. ebd., 177f, sowie 234–237, ausführlich zu dieser Sonderermittlungsmaßnahme; vgl. Schließsteiner 2024, 147–155.

⁴² Vgl. Sika 2000, 192–195.

⁴³ Zur Wasseranalyse vgl. Sika 2000, 230–233; Vašek 1999, 94f sowie ohne Autor (2021). Am Ende war er ein nervliches Wrack!, Interview mit Thomas Müller und Michael Sika, Österreich Sicher (01), 15f.

⁴⁴ Bei der Rasterfahndung werden mittels Massendatenverarbeitung Informationen aus (Fremd-)Datenbeständen automatisiert abgeglichen, um aus allen Daten Personen mit bestimmten Merkmalen zu ermitteln. Zweck des Verfahrens ist es, die Gruppe der tatsächlich zu Überprüfenden einzuschränken, da anders als bei der regulären Fahndung eben noch keine Zielperson bekannt ist.

⁴⁵ Umgangssprachliche Bezeichnung für akustische und optische Überwachungsmaßnahmen (von staatlichen Stellen) innerhalb des privaten Raums.

⁴⁶ Diese Methode, nämlich psychologischen Druck auf den unbekanntes Täter aufzubauen, ist einer der wenigen Aspekte, der internationale Beachtung fand. Sie wird, allerdings nur als Überblick, von Simons erwähnt. Simons, Jeffry

D. (2013). Lone Wolf Terrorism – Understanding the growing Threat, Amherst, 217–219, 222.

Für eine distanziertere Betrachtung siehe Vašek 1999, 80–95, insbesondere 94f.

⁴⁷ Dies wurde von einigen, insbesondere aus dem linken politischen Spektrum, bezweifelt. Diese Kritiker gehen davon aus, dass die Einführung der Rasterfahndung und die Verhaftung ein glücklicher Zufall waren, um welche die Behörden einen Mythos aufgebaut haben. Wie diese Einschätzung die Aussagen von Fuchs erklärt, er habe „gewusst“, dass die Rasterfahndung als Erklärung für seine Ergreifung herhalten würde und er auf Grund dieses „Wissens“ so gehandelt habe, wie er es tat, ist nicht klar. Sika gibt an, dass er die Einführung dieser neuen Maßnahmen seit Dezember 1993 gefordert hatte. Vgl. Sika 2000, 249.

⁴⁸ Vgl. Vašek 1999, 105–109. Zur Perspektive der Behörden sowie Einblicken in die Konflikte innerhalb der Ermittlungsgruppen und zwischen Polizei und Justiz. Vgl. Sika 2000, 255–267.

⁴⁹ Auch die Behörden waren zunächst ratlos, wie sich aus der zeitgenössischen Berichterstattung ergibt. Fuchs lebte so unauffällig und war nicht einmal durch schlechtes Gerede über Ausländer oder andere Gruppen aufgefallen, dass die Behörden befürchteten, er könnte Komplizen gehabt haben. Vgl. exemplarisch ohne Autor (1997). Panorama/Ausland/Österreich – Selbstverstümmelung eines Bombenbastlers, Der Spiegel (41), 165.

⁵⁰ Vgl. insb. Schließsteiner 2023.

⁵¹ Kirk Yeager arbeitete drei Motive heraus, die Bombenleger häufig antreiben (Machtgefälle, psychische Probleme, Bosheit). Fuchs dürfte alle drei Motive aufgewiesen haben. Vgl. Yeager, Kirk (2022). Understanding Bombers' Motivations: A Historical Study, Online: <https://leb.fbi.gov/articles/featured-articles/understanding-bombers-motivations-a-historical-study> (18.03.2024).

⁵² Vgl. Vašek 1999, 142f für Einzelheiten zu seinen Persönlichkeitsstörungen.

⁵³ Nur am Rande sei erwähnt, dass auch hier schon eine Parallele zu heutigen Geschehnissen

sen besteht: Die offizielle Erklärung „Selbstmord“, noch dazu von jemanden, dem beide Hände fehlten, wurde von verschiedenen Personen und Kreisen sofort angezweifelt. Bis heute finden sich in den Kommentarsektionen online bei den wenigen Berichten zum Fall oft Fragen und sarkastische Kommentare in diese Richtung. Auch der Verfasser wird, wenn er erwähnt, dass er zu Franz Fuchs und den Briefbomben der 1990er arbeite, öfters als erstes gefragt, „ob dieser sich wirklich selbst umgebracht habe“.

⁵⁴ Vgl. Grassl-Kosa/Steiner 1996, 41.

⁵⁵ Vgl. Sika 2000, 47.

⁵⁶ Vgl. ebd., 87, 94.

⁵⁷ Natürlich kann ob der Zurückgezogenheit von Fuchs die Kausalität zwischen den Ermittlungsmaßnahmen und dem Ende seines Terrors nicht bewiesen werden. Sie liegen aber auf Grund des Zeitverlaufs nahe.

⁵⁸ Der Klagenfurter Polizist Theo Kelz erhielt zwei neue Hände transplantiert, nachdem er seine bei der Explosion der Rohrbomben verloren hatte.